

Die Soziale Balance wahren

Viele Menschen sind tief verunsichert und haben Sorgen - um den Arbeitsplatz, um die Solidarität im Umgang mit den wirklich Schwachen, um die Lebensqualität im Alter, um die Absicherung gesundheitlicher Risiken. Die Verunsicherung der Menschen nimmt bedrohliche Formen an.

Unsere Gesellschaft ist rücksichtsloser geworden. Mobbing ist in Schulen, ja sogar in Kindertagesstätten genauso an der Tagesordnung wie in Unternehmen. Mobbing ist gesellschaftliche Realität. Hemmschwellen sind deutlich gesunken. Die Verletzungsbereitschaft dem anderen gegenüber ist erkennbar gestiegen.

Wohlstand für alle – dies bleibt unser Ziel, auch wenn wir davon zur Zeit weit entfernt sind. Immer stärker beschleunigt sich die materielle Gespaltenheit der Gesellschaft. Die objektiven Probleme aus der demografischen Entwicklung sowie die sich verfestigende Einschätzung der Bürger, die Politik habe keine Rezepte und Perspektiven mehr zur Lösung der wirklichen Probleme, verschärfen die sozialen Probleme dramatisch.

Den Ernst der Lage zu erkennen ist Voraussetzung folgerichtigen Verhaltens. **Die Soziale Balance wahren – dies ist Kernaufgabe zukunftsorientierter Sozialpolitik.** Sie muss nicht nur das Wünschenswerte und Machbare vereinen, sie muss auch eine Perspektive für den Fähigen beinhalten und Wege finden, Gescheiterte sich nicht allein dem eigenen Schicksal zu überlassen. Sozialen Mißbrauch bekämpfen, soziale Gerechtigkeit bewahren!

Der Staat allein wird diese Aufgaben nicht bewältigen können. **Soziale Sicherheit kann nicht der Staat garantieren, sondern nur die Leistungsbereitschaft seiner Bürger.** Notwendig ist ein Bürgerbewusstsein, was dem gerecht wird und zudem die Bereitschaft beinhaltet, sich ehrenamtlich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen.

Ein Umdenken ist aber auch in Teilen der Wirtschaft notwendig. Unternehmen haben mehr Erfolg, wenn Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sich als Partner verstehen.

Eine CDU-geführte Landesregierung in Schleswig-Holstein wird sich in ihrer Sozialpolitik von den Gesichtspunkten leiten lassen, die eine gerechte und finanzierbare soziale Gesellschaft zum Ziel haben. Sie wird **die Lösung der sozialen Schlüsselprobleme** in den Mittelpunkt ihrer sozialpolitischen Arbeit stellen.

CDU und CDA Schleswig-Holstein werden in den nächsten Monaten zu diesen Themen eine intensive Diskussion führen. Auf der CDA-Landesversammlung am 20. April 2004, in den Gliederungen der Partei, mit Vereinen und Verbänden, vor Ort, auf einem CDU-Landesausschuss am 21. Juni und in der Programmdebatte zur Landtagswahl.

Die dargestellten Thesen müssen in unserer Partei breit diskutiert werden – vieles wird in diesem Diskussions- und Entscheidungsprozess auch verändert werden. Das Ziel ist allerdings klar beschrieben: Wir wollen eine Politik gestalten, die die Soziale Balance wahrht.

Mehr tun für den Schutz von Kindern und Jugendlichen

Sozial- und Gesundheitslehre muss ein fester Bestandteil des Unterrichts an allen Schulen sein. Soziale Defizite beginnend im Kindesalter sind vielfach erkennbar und häufig die Ursache für daraus resultierende Probleme im Sozial- und Lernverhalten.

Elternhilfen, in denen Eltern Anleitungen bekommen, wie sie Probleme in der Erziehung angehen können, sind notwendig, zudem eine intensive Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe, den sozialen Diensten und den Familienbildungsstätten. In Schleswig-Holstein mussten im Jahr 2002 rd. 5 700 Kinder und Jugendliche in Heimen oder Pflegefamilien leben, weil die Eltern das Wohl der Kinder nicht gewährleisten konnten. Eine alarmierende Zahl.

Das Konsumieren von Drogen und anderen Suchtmitteln ist Alltagsrealität, auch in Schleswig-Holstein. 25 Prozent der von dieser Problematik betroffenen Kinder/Jugendlichen kommen aus suchtabhängigen/suchtgefährdeten Familien. Deshalb sind Prävention und Durchbrechen dieses Kreislaufes von entscheidender Bedeutung. An allen Schulen sollte in verpflichtender Form präventiv gegen Drogen und Sucht vorgegangen werden. Rauchen sollte in Schulen für alle untersagt sein.

Anti-Mobbing-Programme und Anti-Gewalt-Programme sind geboten. Hierzu ist eine enge Kooperation aller Organisationen/Netzwerke/staatlicher Institutionen notwendig. Gerade Kinder und Jugendliche dürfen nicht das Gefühl haben, mit ihren Problemen und Ängsten allein zu sein. Seelischen und körperlichen Verletzungen ist von Anfang an energisch zu begegnen.

Rund 40 bis 50 Prozent – so Schätzungen von Praktikern – aller sozialen Konflikte können fest bestimmbar Familien, Personengruppen und Beziehungsproblemen zugeordnet werden. Durch eine Neuordnung und Bündelung der Arbeit zwischen Allgemeinem Sozialen Diensten, Jugendhilfe, Verbänden, Beratungsstellen und -angeboten - zum Beispiel durch die Schaffung von regionalen Beratungszentren - könnte die Arbeit effektiver, zielgerichteter und kostengünstiger geleistet werden. Neben den Kommunen und den Wohlfahrtverbänden sollten weitere ehrenamtliche Initiativen eingebunden werden.

Jugendliche Intensiv-/Wiederholungstäter benötigen eine Rund-um-die-Uhr Betreuung. Die geschlossene Heimunterbringung mit einer speziellen pädagogischen Konzeption muss wieder eingeführt werden.

Die Durchführung einer Kampagne „Wir schauen nicht weg“ wird vorgeschlagen. Alle sind gefordert, den Kontakt zu Lehrern und Behörden, hier vor allem der Polizei, zu suchen, wenn sie Auffälligkeiten und Fehlentwicklungen beobachten. Die Tätigkeit der Vertrauenslehrer ist zu verstärken.

Kindesmisshandlungen und Kindesmissbrauch sind nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland in verstärktem Maße zu beobachten. Der Staat muss mit aller gebotenen Härte vorgehen und alles tun, dass ausreichende Präventions- und Hilfsmaßnahmen verfügbar sind. Durch eine Datenbank, in der alle vorliegenden Hinweise – auch aus Krankenhäusern und Praxen – gespeichert werden, könnten vorbeugende Folgerungen gezogen werden.

Gerechte Lebenschancen beginnen früh

Die Landesförderung für Kinderbetreuung in Kindertagesstätten sollte auch künftig nicht eingeschränkt, bzw. entsprechend der demographischen Entwicklung dynamisiert werden. Zudem darf ihre Struktur nicht zu Lasten der Kommunen, Träger und Eltern verändert werden. Erhöhte Anforderungsprofile dürfen seitens des Landes nur verlangt werden, wenn auch deren finanzielle Umsetzung durch das Land gesichert ist. Die Kindertagesstätten-Förderung bleibt ein sozialpolitischer Schwerpunkt. Kinder sind und bleiben unsere Zukunft.

Die Anreize, eine Tagesmutter einzustellen, sollen erhöht werden. Dies ist auch eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme. Mehr Tagesmütter können auch die Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren deutlich erweitern.

Die Einführung eines Erziehungsgeldes ist in absehbarer Zeit seitens des Landes finanziell nicht zu verwirklichen, bleibt aber auf Bundes- und Landesebene unser langfristiges Ziel. Eine stärkere Kita- und eine neue Tagesmütter-Förderung sind aber gleichwohl bedeutsame Schritte zu mehr Kinderfreundlichkeit.

Bedarfsorientierte Öffnungszeiten liegen in der Regel nicht unter 5 Stunden täglich. Dies findet von Seiten des Landes bei der Kindertagesstättenförderung Berücksichtigung.

Im Kindergarten sollen die Kinder noch Kinder sein, zugleich aber auch spielerisch an die Schule herangeführt werden. Der bereits seit 1999 in Schleswig-Holstein gesetzlich verankerte pädagogische Erziehungsauftrag ist stärker zu verwirklichen. Die Entwicklung der Sprache, motorischer und sozialer Fähigkeiten sind dabei von besonderer Wichtigkeit. Eine regelmäßige Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Grundschulen ist zu gewährleisten, um Lernkonzepte abstimmen und Entwicklungsdefizite abbauen zu können. Das Land sollte die Erarbeitung eines pädagogischen Gesamtkonzeptes koordinieren.

Von zentraler Bedeutung ist die Notwendigkeit verstärkter Sprachförderung für Kinder, vor allem auch derjenigen mit Migrationshintergrund. Das Erlernen der deutschen Sprache ist Voraussetzung, um in die Grundschule übernommen zu werden. Im letzten Kindertagesstättenjahr werden dazu verpflichtende Sprachtests durchgeführt, die vom Land entwickelt werden.

Kinderfreundliches Schleswig-Holstein fördern

Seit 30 Jahren werden weniger Kinder in Schleswig-Holstein geboren als Menschen sterben. 2002 betrug die Geburtenrate 1,39 Kinder je Frau, es wurden rd. 24 900 Kinder geboren. Dies sind 3 Prozent weniger als 2001, damit setzt sich der seit 1998 begonnene Rückgang fort. Eine kinderfreundliche Politik kann die Rahmenbedingungen für Kinder und Familien verbessern, damit die Bereitschaft, Kinder haben zu wollen erhöht wird.

10 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Schleswig-Holstein müssen von Sozialhilfe leben, 15 Prozent im Alter zwischen 6 und 19 Jahren können aus finanziellen Gründen nicht verreisen. Land und Kommunen sollten – wie dies bereits in vielen Regionen üblich ist – mit Vereinen und Verbänden ein Sommer-Ferien-

Programm organisieren, was besonders diese jungen Menschen ansprechen soll, aber allen Jugendlichen offensteht.

Eltern mit mindestens drei Kindern sollten einen Anreiz erhalten, wenn sie ihren Urlaub in Schleswig-Holstein verbringen. Dies hilft den Eltern und Kindern, aber auch der heimischen Tourismusbranche.

Wir werden eine Aktion „Wir wollen helfen“ ins Leben rufen - engagierte Menschen sind angesprochen, sich einzubringen. Sei es materiell oder ideell. Sie können bei den Schularbeiten helfen, sie können materiell helfen, sie können auch Erziehungsberechtigte unterstützen.

Familie ist mehr als Partnerschaft auf Zeit

Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Familien sind: Ehepaare mit ehelichen, nichtehelichen, adoptierten Kindern oder Pflegekindern, erwachsene Kinder, die sich um ihre Eltern kümmern, alleinerziehende Mütter oder Väter, Alleinerziehende mit Lebenspartner/in, Nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern (Analog zur Definition der Drucksache 15/1857 – CDU-Antrag aus Mai 2002). Die Familie beinhaltet auch die Großelterngeneration, die Generationenbeziehungen insgesamt und damit verbundene Themen wie das Älterwerden und das Altern.

Familie ist aber auch seit Jahren immer stärkeren Herausforderungen und Problemen ausgesetzt. Die Folgen von Arbeitslosigkeit, aber auch steigende Scheidungsraten und Beziehungsprobleme sind erkennbar. Vor allem Alleinerziehende sind zunehmend auf Hilfe angewiesen, hier sind Verbesserungen nötig.

Die Entscheidung von Müttern oder Vätern, auf eine Erwerbstätigkeit zu verzichten und sich ausschließlich der Familie zu widmen, verdient hohe Anerkennung. Auch dies ist Ausdruck einer größtmöglichen Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf. Es ist darauf hinzuwirken, dass die gesellschaftliche Anerkennung dafür größer wird.

Familie spiegelt sich auch dort intensiv wider, wo Generationendenken und -verantwortung praktizierte Lebenswirklichkeit sind. Wohnformen, die dem gerecht werden, sollten gefördert werden.

Familie ist der wichtigste Ort für Erziehung und Wertevermittlung. Der Grundsatz, dass Erziehung Liebe und Vorbild ist, muss allgemein wieder Gültigkeit erlangen. Kindertagesstätten und Schulen können diesen Teil der Familie nicht ersetzen. In der Familien- und Erwachsenenbildung sollte in diesem Bereich ein Schwerpunkt gesetzt werden.

Partnerschaften bzw. Partnerschaften zwischen Kindertagesstätten, Schulen und Alteneinrichtungen bzw. Wohnformen mit älteren Menschen sind erwünscht und notwendig. Sie fördern das Generationenverständnis und soziales Verhalten.

Schleswig-Holstein soll ein familienfreundliches Land sein. Alle Gesetze, Verwaltungen und Einrichtungen im Land haben darum die Interessen der Familie zu berücksichtigen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sind auch auf die Bedürfnisse von Familien abzustellen. Heim- und Telearbeitsplätze, wohnortnahe Arbeitsangebote sowie Qualifizierungsmaßnahmen während der Erziehungsphase wie auch für den beruflichen Wiedereinstieg sind dafür von besonderer Wichtigkeit.

Soziale Verantwortung von Unternehmen kann gerade gegenüber der Familie ihren Ausdruck finden. Betriebskindergärten sind dafür eine besonders geeignete Möglichkeit.

Allen Arbeitsfähigen eine Chance auf Arbeit

Die Schaffung von Arbeitsplätzen hat für die CDU höchste Priorität. Arbeitslosigkeit ist für viele Menschen ein schweres Schicksal. Sie ist eine wesentliche Ursache für die Verschärfung der sozialen Lage in unserem Land. Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft. Für den Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen wird Arbeitsmarktpolitik auch Chefsache sein.

In Schleswig-Holstein fehlen mehr als 150 000 Arbeitsplätze. In der Simonis-Regierungserklärung 2000 hieß es, niemand solle in Schleswig-Holstein länger als sechs Monate arbeitslos sein. Tatsächlich ist seither die Zahl der Langzeitarbeitslosen kontinuierlich gestiegen. Viele von ihnen sehen keine berufliche Perspektive mehr. In den vergangenen zehn Jahren ist die Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein von 7,4 auf über 10 Prozent angewachsen. 2003 gab es in Schleswig-Holstein 4500 Insolvenzen.

Durch eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik sollen Arbeitslosen Wege in neue Beschäftigung geebnet werden. Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern, die den Weg zurück in das Arbeitsleben durch ihre eigene Einstellung positiv begleiten, wird motivierende Unterstützung durch einen finanziellen Zuschlag gewährt. Wer nicht bereit ist, ein Arbeits-Angebot anzunehmen, muss mit Leistungskürzungen bis zur vollständigen Aussetzung von Zahlungen rechnen.

Die Chancen in Wachstumsbranchen müssen für die Arbeitsmarktpolitik stärker genutzt werden. Dazu zählen beispielsweise Wellness/Gesundheitswirtschaft, seniorenbezogene Angebote und der IT-Bereich. Die ASH-Förderinstrumente sind umzuschichten. Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen, können direkt gefördert werden. Dies gilt besonders für „einfachere“ Arbeiten. AB-Maßnahmen, die Unternehmen Konkurrenz machen, werden nicht mehr gefördert. Wollen sie dennoch als Instrument der Bundesagentur für Arbeit weiterarbeiten, müssen sie sich in eigener Trägerschaft organisieren.

Bürokratische Hemmnisse sind eine wesentliche Ursache dafür, dass Unternehmen immer weniger investieren. In den ersten 100 Tagen einer CDU-geführten Landesregierung werden Weichenstellungen auf den Weg gebracht, die dafür sorgen, dass Arbeitgeber, Verbände und Kommunen von statistischen Berichtspflichten weitgehend befreit werden und die Verwaltung – vor allem im Umweltbereich – reduziert wird. Durch einen Wirtschaftspiloten könnte der Wirtschaft seitens des Landes ein kompetenter Ansprechpartner gegeben werden, der schnell Wege ebnet, Bürokratie-Hemmnisse abbaut sowie schnelle Kontakte zu Verwaltungen und Kreditwirtschaft herstellt.

Funktion des Öffentlichen Dienstes kann es nicht sein, beispielgebend Arbeitsmarktpolitik zu leisten. Die Reduzierung von Personal- und Verwaltungskosten sind angesichts der dramatischen Lage der Öffentlichen Haushalte unumgänglich.

Ausbildungsreife statt Ausbildungsplatzabgabe

Die Ausbildungsreife sinkt bei einem Teil der Jugendlichen erkennbar. In den beruflichen Schulen und Jugendaufbauwerken in Schleswig-Holstein werden zunehmend mehr Vollzeitangebote vorgehalten, weil junge Menschen noch nicht ausbildungsreif sind. Durch ein „Programm Ausbildungsreife“ sind Bildungs- und Sozialdefizite bei Schülerinnen und Schülern so abzubauen, dass sie für Lehrverhältnisse befähigt sind. Dies wird in Förder-, Haupt- und Realschulen künftig von wesentlicher Bedeutung sein. Dies ist der Weg zur Schaffung von mehr Lehrverhältnissen - und nicht eine Ausbildungsplatzabgabe.

Praktisch begabte Jugendliche sind dadurch besonders zu fördern, dass in den beruflichen Schulen verstärkt theoretische Defizite abgebaut werden, zum Beispiel Sprach- und Schreibdefizite.

Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist derzeit nicht umsetzungsreif

Die bisherigen Ergebnisse der mit den Hartz-Vorschlägen verbundenen Reformen sind für den Arbeits- und Ausbildungsbereich ernüchternd. Eine nennenswerte Verbesserung der Situation ist für die Betroffenen bislang nicht eingetreten. Die damit für arbeitslose Menschen verbundenen Enttäuschungen sind bitter.

Es zeichnet sich ab, dass die in Verantwortung der Bundesregierung sich vollziehende Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer finanziellen Mehrbelastung für die Kommunen führen wird. Dies lehnen wir entschieden ab. Die Computer-Vernetzung aller Systeme ist bis zum 1. Januar 2005 unrealistisch, es droht „Toll Collect II“. Eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe muss sich daran orientieren, dass tatsächlich mehr Arbeitsplätze entstehen, die computermäßigen Vernetzungen zeitgerecht und praktikabel verwirklicht werden können, Bürokratie abgebaut wird und Kommunen wie Länder finanziell entlastet werden.

Im Jahr 2005 ist die Wirksamkeit der Hartz-Konzepte einer Gesamtprüfung zu unterziehen. Die bisherigen Erfahrungen in Schleswig-Holstein zum Beispiel mit Personal-Service-Agenturen sprechen nicht für positive Effekte. Keine 0,3 Prozent des in Frage kommenden Personenkreis hat trotz hoher finanzieller Aufwendungen durch PSA Arbeit bekommen.

Sozialhilfe-Kosten bis 2010 um 25 Prozent reduzieren

Die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ist und bleibt tragende Säule einer verantwortungsbewussten Gesellschaftspolitik. Soziale Leistungen dürfen nur den wirklich schwachen und bedürftigen Menschen zugute kommen. Wo dieser

Grundsatz nicht mehr oder nicht mehr ausreichend beachtet wird, sind Korrekturen notwendig.

Gerechtfertigte soziale Leistungen sind keine Almosen, sondern Ausdruck der Solidarität einer menschlichen Gesellschaft. Am Bettelstab zu gehen tut den Menschen weh.

Es ist selbstverständlich, dass behinderte, kranke oder nicht arbeitsfähige Menschen Unterstützung zum Lebensunterhalt oder in Notlagen bekommen. Wer jedoch ansonsten soziale Leistungen in Anspruch nimmt, hat eine Pflicht zur Gegenleistung. Wer dazu nicht bereit ist, hat die finanziellen Folgen selbst zu tragen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird dafür sorgen dass dieser Grundsatz in Schleswig-Holstein konsequent verwirklicht wird. Dies hat vor allem durch eine enge Auslegung des Sozialhilferechts und deren Kontrolle zu geschehen. Wo die derzeitige Gesetzeslage dennoch ungerechtfertigte Lücken ermöglicht, muss das Land über den Bunderrat entsprechende Gesetzesinitiativen starten. Ziel ist es, die Ausgaben für Sozialhilfe um mindestens 25 Prozent bis 2010 zu senken. Dies bedeutet einen beträchtlichen realen Ausgabenrückgang für das Land und die Kommunen.

Von besonderer Bedeutung ist im Bereich der sozialen Leistungen der Datenabgleich. Das Land muss die Kommunen in die Lage versetzen, durch vollständige Vernetzung alle Daten untereinander sowie mit den Trägern der Sozialversicherungssysteme, Finanzämtern und Arbeitsämtern bundesweit abgleichen zu können. Eine Reduzierung des Datenschutzes ist erforderlich.

Innerhalb der Kommunen werden Hilfeleistungen (zum Beispiel für Bekleidung, Umzüge und Möbel) immer noch sehr unterschiedlich bewilligt. Das Land hat die Auslegung der Richtlinien verbindlich festzulegen. Derzeit liegt Schleswig-Holstein bei den Ausgaben im Sozialhilfe-Bereich bundesweit bei den alten Ländern im Spitzenbereich der Flächenländer.

Auch Hilfen in besonderen Lebenslagen sind von hoher Kostenintensität und unterschiedlicher Kostenstruktur. Dies gilt im Sozialhilfe- wie im Jugendhilfebereich. Bestehende Einrichtungen sind einer strengen Kostenüberprüfung zu unterziehen.

Wer als Empfänger von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zumutbare Arbeit nicht annimmt, muss mit Leistungskürzungen bis zu 100 Prozent rechnen. Kinder von Familien, die durch die Nichtbereitschaft der Eltern zur Arbeitsaufnahme betroffen sind, sollten die notwendigen Hilfen zum Leben in nichtbarer Auszahlung erhalten. Dies gilt auch für die Eltern.

Den Weg in Armut und Ausweglosigkeit verhindern

In Not kann jeder kommen. Es ist und bleibt Aufgabe des Staates, durch Unterstützung von Verbänden, der Förderung ehrenamtlichen Engagements oder durch eigenes Tätigwerden in Not befindlichen Menschen zu helfen.

Die Verschärfung der Probleme bei Menschen, die sich in Schwierigkeiten befinden, ist kennzeichnend für die soziale Wirklichkeit. Je früher man Probleme erkennt und ihnen begegnet, desto wirkungsvoller ist meist das Ergebnis. Deshalb

kommt der Prävention eine entscheidende Bedeutung zu. Das Bewusstsein hierzu zu fördern, aber auch in Schwierigkeiten befindliche Menschen zu motivieren, „sich zu öffnen“, ist wesentliche Voraussetzung, um den Weg in Armut und Ausweglosigkeit zu verhindern.

Werte sind wichtig. Schon Kindern muss beispielsweise vermittelt werden, dass Arbeit notwendig ist. Häufig sind es die Kinder von Sozialhilfeempfänger/-innen, die selbst zu solchen werden, weil sie von Kindheit an nur diese Lebenswirklichkeit erlebt haben. Kindertagesstätten, Schulen, Vereine, Verbände und Freizeiteinrichtungen müssen Hand in Hand arbeiten.

Schuldnerkarrieren - insbesondere junger Menschen - müssen frühzeitig verhindert werden. Ob zu früher oder nicht eingegengter Handy-Gebrauch, überzogener Konsumgenuss oder Spielhallenbesuche – die Ursachen für Schuldnerprobleme sind vielschichtig, die Wirkungen meist einheitlich dramatisch. Alle Möglichkeiten sind zu nutzen, um in Kindertagesstätten, Schulen, Vereinen, Verbänden und in der Öffentlichkeit präventiv zu wirken. Banken und Sparkassen sollten in diesen Prozess eingebunden werden.

Drogen und Alkohol sind eine der häufigsten Ursachen für den Absturz in das gesellschaftliche Abseits. Dem ist mit Kampagnen wie Maßnahmen gegen Drogen und Alkohol Rechnung zu tragen. Niedrigschwellige Beratungsstellen für Personen, die von vorgenannter Problematik betroffen sind, sind zu erhalten bzw. einzurichten.

Älterwerden in Würde – neue Probleme, aber auch neue Chancen

Die Probleme der älteren Generation einheitlich zu definieren ist schwierig. Der stetige medizinische Fortschritt verlängert das Leben, sorgt für mehr Vitalität gerade auch beim Älterwerden. Gesicherte finanzielle Absicherung im Alter ist für viele Ältere Grundlage eines materiell angenehmen Lebens. Viele Menschen können relativ sorglos und mit Freuden das Leben nach dem Ausscheiden aus dem Beruf bzw. dem Erwachsenwerden der Kinder genießen. Senioren sind zum Beispiel auch für den Tourismus eine immer wichtiger werdende Zielgruppe.

Allerdings: Renten und Pensionen sind in ihrer Höhe sehr unterschiedlich, ihre künftige Entwicklung ist mit Fragezeichen versehen, gesundheitliche Probleme werden vor allem im höheren Alter deutlich spürbar. Viele Rentner sind verunsichert und verärgert. Wir nehmen diese Sorgen sehr ernst. Altersarmut ist ein ernstes Problem.

Gesundheitspolitische Entscheidungen haben die Interessen der älteren Generation zu berücksichtigen. Die Einrichtung geriatrischer Betten/Abteilungen in den Krankenhäusern wird befürwortet. Dies gilt auch für die Palliativmedizin. Die Einrichtung eines Lehrstuhles für Altersheilkunde soll angestrebt werden.

Die Zahl der Ausbildungsplätze in der Kranken- und Altenpflege muss deutlich erhöht werden. Ausbildungsgänge, die beide Fachrichtungen integrieren, sind besonders erwünscht. Die Förderung von Kranken- und Altenpflegesschulen ist zu verstärken. Es ist besorgniserregend, dass die Zahl der Ausbildungsplätze in der

Krankenpflege den letzten 10 Jahren gesunken ist und 1/3 der Schulen einen weiteren Ausbildungs-Abbau planen.

In den Alten- und Pflegeheimen ist mehr qualifiziertes Personal notwendig, wenn die Qualitätsstandards nach dem Beispiel Plaisir allgemein verwirklicht werden sollen. Überzogene Dokumentationspflichten in Pflegeheimen wie Krankenhäusern mindern die Zeit, die Pflegekräfte wie Ärzte für die Patienten zur Verfügung haben. Alle Vorschriften in diesem Bereich sind einer Gesamtüberprüfung zu unterziehen. Dies schließt auch die Rechte des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen ein.

Die Hospiz-Bewegung entwickelt sich in unserem Land zu einer engagierten Bürgerbewegung. Es ist beeindruckend, wie viele Bürgerinnen und Bürger sich inzwischen dieser schweren Arbeit ehrenamtlich widmen. Hospiz-Vereine sowie deren Einrichtungen - ob stationär oder ambulant - sind positiv zu begleiten. Die Schaffung einer Hospiz-Stiftung wird begrüßt. Sie soll die Hospiz-Arbeit in allen Bereichen fördern.

Auch die älteren Menschen sollen möglichst lange in ihrem vertrauten Wohnbereich leben. Im Wohnungsbau sollten Wohnformen, die dies ermöglichen, im Rahmen bestehender Programme genauso bevorzugt gefördert wie Mehr-Generationen-Häuser.

Schleswig-Holstein soll für die Senioren zum Tourismusland Nr. 1 werden. Hier wollen wir einen Schwerpunkt setzen.

Gesundheit ist unser wichtigstes Gut

Im Mittelpunkt des Gesundheitswesens steht der Patient. Medizinische Leistungen müssen allen Versicherten – unabhängig von Alter, Einkommen oder Geschlecht – in qualitativ hochwertiger, humaner Form zugute kommen. Die Entwicklung zur Zwei-Klassen-Medizin darf nicht hingenommen werden.

Die 2003 in der Bundespolitik eingeleiteten Veränderungen des Gesundheitssystems sind nicht ausreichend und nicht in allen Bereichen ausgewogen. Eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik basiert auf dem Systemwechsel, der auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig 2003 beschlossen wurde. Es ist richtig, dass die Finanzierung des Gesundheitswesens für den Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung vom Faktor Arbeit abgekoppelt und auf ein Gesundheitsprämienmodell umgestellt werden soll. Damit wird die gesetzliche Krankenversicherung demografiefest gemacht.

Eine Bürgerversicherung kann den Herausforderungen an ein modernes und zukunftsfähiges Gesundheitswesen nicht gerecht werden. Eine Einheitskasse schafft keinen Wettbewerb.

In Schleswig-Holstein eröffnen Gesundheit und Wellness wirtschaftliche Wachstumschancen. Viele Arbeitsplätze sind von der allgemeinen Gesundheitspolitik in Deutschland betroffen. In Deutschland sind mehr als 4 Millionen Menschen in Gesundheitsbereichen beschäftigt, davon mehr als 70 Prozent Frauen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Gesundheitswesens in Schleswig-Holstein sind folgende Bereiche aus der Sicht des Landes zudem von besonderer Bedeutung:

- Die Trägervielfalt bei den Krankenhäusern sollte erhalten bleiben.
- Der Krankenhausbedarfsplan sollte zunächst bis 2006 nicht fortgeschrieben, sein Umfang wie der damit verbundene Arbeitsaufwand auf ein Mindestmaß reduziert und seine Anwendung der tatsächlichen Marktentwicklung entsprechend flexibel gehandhabt werden. Allerdings sollte es Aufgabe des Landes sein, durch die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln in der Gesundheitsversorgung steuernd zu wirken.
- Das Gesundheitsdienstgesetz des Landes ist auf seine Notwendigkeit zu überprüfen, notwendige Aufgaben sollten von den Kommunen selbst definiert werden.
- Förderung von Einrichtungen zur Behandlung chronisch Kranker und Erschließung neuer Bereiche wie die Erforschung und Behandlung von Umwelterkrankungen.

Nicht auf den Staat, auf sich selbst schauen

Die Botschaft von John F. Kennedy ist aktueller denn je. Hilfe zur Selbsthilfe initiieren und umsetzen, soziales Engagement möglichst vieler erleben, mehr Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Verantwortung spüren – dies sind einige der wichtigen Punkte, die für ein Umdenken bei den Menschen und eine Umorientierung in der Gesellschaft wichtig sind. Nicht bei jedem „Problem“ nach dem Staat rufen, sondern Eigeninitiative starten, im Familien- und Freundeskreis nach Lösungen schauen! Anzuregen sind beispielsweise

- freiwillige soziale Tätigkeiten (drei bis sechs Monate) nach der Schule;
- die verstärkte Förderung von Vereinen und Verbänden;
- stärkere Anerkennung ehrenamtlichen Engagements;
- Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei Tätigkeiten im öffentlichen Dienst.